

Bezugspreis: Für die erste Hälfte August 50000 M. ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Kopierleistung kostet 75000 M. ...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 11. August 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Steuerreform und Krisenstimmung.

Der Reichstag hat gestern die Steuervorlagen — zum größten Teil einstimmig — angenommen.

Die wirtschaftliche Lage zeigt Zeichen einer beginnenden Entspannung.

Die Lage des Kabinetts Cuno hat sich bedeutend verschlechtert.

So stellt sich, in knappe Worte zusammengefaßt, die Situation dar am Verfassungstag 1923!

Die Steuervorlagen, die der brennendsten Finanznot für den Augenblick abhelfen sollen, sind Gesetz geworden. Der Druck der Not, der völlige Zusammenbruch der Mark, das Stocken der Lebensmittelversorgung, die äußerste Zahlungsmittelnot, die Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz zahlreicher Unternehmungen, die Verzweiflung der Massen waren nötig, um den bürgerlichen Parteien diese Steuererhöhungen abzurufen.

Der Inhalt dieser Steuererhöhungen ist folgender:

1. Gesetz über die Erhöhung der Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuer. Der Entwurf sah eine Erhöhung der Vorauszahlungen vom 25fachen auf das 100fache zur Einkommensteuer, vom 35- auf das 140fache zur Körperschaftsteuer vor.

2. Abgabe aus Anlaß der Ruhrbesetzung. Die Einkommen- und Körperschaftsteuerpflichtigen, die zur Vorauszahlung verpflichtet sind, sowie die Steuerpflichtigen, die im Jahre 1922 ein Einkommen von mehr als einer Million Mark hatten (hohe Beamte, Bankdirektoren), haben an den drei nächsten Vorauszahlungsterminen das Doppelte der erhöhten Vorauszahlungen als Abgabe zu entrichten.

3. Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer. Die Kraftfahrzeugsteuer ist um das 50fache erhöht worden. Der Ertrag wird auf 15 Billionen Mark angegeben.

4. Besteuerung der Betriebe. Alle Betriebe im Sinne der Gewerbeordnung haben in den nächsten sechs Monaten den doppelten Betrag der von ihnen abgeführten Lohnsteuerbeiträge als Lohnfirmensteuer höchstens zu entrichten.

5. Besteuerung der Landwirtschaft. Entsprechend der Besteuerung der Industrie ist der Landwirtschaft eine besondere Besteuerung für die nächsten sechs Monate auferlegt worden.

Aus diesen Steuererhöhungen werden also im Laufe des nächsten Monats rund 150 Billionen Mark in die Reichskasse fließen. Da außerdem vom 15. August ab die Goldanleihe ausgelegt wird und sie, wenn sie mit den richtigen Sicherheiten zu einem vertrauenswürdigen Anlagepapier gemacht wird, zu Sparzwecken stark benutzt werden wird, so ist auch auf diesem Wege eine beträchtliche Summe für die Reichsfinanzen zu erwarten.

Die Annahme der Steuererhöhungen stellt zweifellos eine

Kundgebung des Reichspräsidenten.

Zum Verfassungstag.

An das deutsche Volk!

In schwerer Bedrängnis rückblickend auf ein Jahr des Leidens und Duldens, vorwärtschauend in dunkelverhangene Zukunft, begeht heute Deutschland seinen Verfassungstag.

Das deutsche Volk hat sich seine Verfassung gegeben, einzig in seinen Stämmen und von dem Willen befeelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern.

Gerade auf den Tag sind heute sieben Monate vergangen, seit Franzosen und Belgier in unser Land eingebrochen sind. Sie haben unsere fleißige Arbeit stillgelegt, schuldlose Menschen, jung und alt, verjagt, gepeinigt, gemariert und getötet. Sie haben unser redliches Bemühen, Unerfüllbares erfüllbar zu machen, in tiefe Erbitterung verwandelt.

Wir bliden vergeblich in die Ferne, Schutz und Hilfe kommen nicht von dort. Die Begeisterung für das Recht scheint draußen schlingen gegangen zu sein.

Deutsche an Rhein, Ruhr und Saar: Ihr seid uns ein Beispiel, das uns immer wieder erheben soll. Verzagt nicht: Noch nie hat ein Sieger im Rausche seiner Macht recht behalten.

Deutsche an allen freien Strömen des Vaterlandes: Daß Euch nicht von Kleinmut niederdrücken und von Selbstsucht leiten. Für Genußsucht und Luxus läßt die Not des Volkes keinen Raum; fort daher mit all den häßlichen, heute besonders verächtlichen, die Darbenden aufreizenden Erscheinungen gedankenlosen Launens.

Das deutsche Volk hat in seiner harten Geschichte schwere Zeiten bestanden; es wird auch diese trüben Stunden überwinden, wenn es standhaft bleibt in treuem Zusammenhalten, in Gemeinsinn, Ordnung, Arbeit und Opferwilligkeit.

Berlin, am Verfassungstage 1923.

Der Reichspräsident Ebert.

Wendung in der bisherigen Finanz- und Steuerpolitik dar. Diese Wendung ist auf den Druck der Situation, parlamentarisch aber auf die geschlossene Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zurückzuführen.

Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß die kommunistische Reichstagsfraktion keinerlei Abänderungsanträge zu diesen Vorlagen gestellt hatte und daß abgesehen von kleinen Einzelbestimmungen die Annahme der Vorlagen einstimmig erfolgte.

Der Krampfanfall, der in den letzten Tagen unsere Wirtschaft heimlich und gestern zu kritischer Heftigkeit anschwellen, beginnt sich zu lösen. Die Reichsdruckerei arbeitet wieder und pumpt gewaltige Mengen von Zahlungsmitteln in die Zirkulation.

Berlin allein soll im Laufe des heutigen Tages mit sechs Billionen Papiermark gesegnet werden. Durch Ausgabe von Notgeld soll etwa trotzdem noch eintretendem Geldmangel vorgebeugt werden.

Aber — das ist die allgemeine Sorge — wird er nicht eines Tages verstärkt wiederkehren, wenn es nicht gelingt, die chronische Krankheit, der er entspross, zu beheben?

Durch die Annahme der Steuererhöhungen ist endlich ein Anlauf zu einer gründlichen Kur gemacht worden. Die Führung dabei hat aber nicht die Regierung, sondern die Sozialdemokratie gehabt. Das wurde gestern im Reichstag allgemein empfunden, und allgemein wurde gefragt, warum nicht die Regierung in dieser entscheidend wichtigen Angelegenheit selber rechtzeitig die Führung ergriffen hat.

So begegnet sich die Stimmung im Reichstag mit jener der Massen draußen. Da herrscht — an allen Straßenecken und von Anhängern aller Richtungen kann man es hören — gewaltige Erbitterung darüber, daß die Regierung solche Zustände, wie sie in den letzten Tagen eintraten, nicht zu verhindern wußte.

Als diese Regierung vor acht Monaten ihr Amt antrat, mit welchen Hoffnungen wurde sie von einem großen Teil des Bürgertums begrüßt! Die Sozialdemokraten waren ja draußen, nun mußte sich alles zum Besseren wenden.

Ist die Regierung Cuno, die Regierung der „distanzfähigen Unterschicht“ noch zu halten? Das ist eine Frage, über die man überall nachdenkt, auch in der Reichskanzlei, auch in der übrigen Reichsministerien, auch in den bürgerlichen Parteien. Man fragt, wie lange noch? Monate? Wochen? Tage? Stunden?

Aber wie es auch kommen mag, soll die angebahnte Besserung nicht wieder zu Bruch gehen, dann darf das Staatsschiff im Sturm keinen Augenblick steuerlos bleiben. Das ist die allgemeine Überzeugung.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hält heute um 1 Uhr mittags eine Sitzung ab, bei der die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder notwendig ist. Abgeordnete, die für den heutigen Tag Verpflichtungen außerhalb Berlins übernommen haben, sind daher nicht in der Lage, ihnen nachkommen zu können.

Beilegung des Berliner Buchdruckerstreiks.

Nachdem bereits in den gestrigen Mittagsstunden durch die Bemühungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns der Notendruck in der Reichsdruckerei in vollem Umfang wieder aufgenommen war, führten die weiteren vom Minister geleiteten Verhandlungen in später Abendsstunden zu einer vollen Verständigung.

Die Arbeit dürfte im Laufe des heutigen Tages allgemein aufgenommen werden.

Zum Stand des Buchdruckerstreiks.

Die von der Streikleitung durch Vermittlung des Reichsarbeitsministers mit den Unternehmern geführten Verhandlungen haben zu einem Ergebnis geführt, über dessen Annahme oder Ablehnung die Buchdruckerfunktionäre in der heute vormittag 10 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindenden Versammlung zu entscheiden haben.

Die Personale werden ersucht, sich zur Entgegennahme der Berichte ihrer Vertreter gegen 12 Uhr in den dafür vorgesehenen Lokalen einzufinden.

Da das gleiche Abkommen auch für die Druckerei-Buchbinder Geltung haben soll, treten die Buchbinder-Funktionäre zur gleichen Stunde zu gesonderter Beratung ebenfalls im Gewerkschaftshaus zusammen.

Für die Streikleitung: Keller, Holz, Dörband.

Für die gestern abgeschlossene Woche wird der Spitzenlohn auf 5 000 000 M. erhöht, während sich nach den im Abkommen vorgesehenen Inderlöhnen für die Woche vom 11. bis 17. August ein Spitzenlohn von 12 644 000 M. ergibt.

Die Steuergesetze beschlossen.

Das Programm, auf das sich die freien Gewerkschaften mit den Christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften geeinigt hatten, entspricht im wesentlichen den Forderungen, die die Vereinigte Sozialdemokratische Partei aufgestellt hat. Die durch die Banknotenscarpeheit der letzten Tage noch in der verhängnisvollsten Weise verschärfte Teuerung hat die Sozialdemokratische Partei veranlaßt, noch erheblich über die damals aufgestellten Forderungen hinauszugehen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat selbstverständlich aus der geradezu verzweifelt Lage, in der sich durch die überstürzte Entwicklung der letzten Tage die Arbeiter befinden, die Forderungen gezogen und sich geschlossen hinter die Forderungen der Sozialdemokratischen Partei gestellt.

Da er selbst mit allem Nachdruck die Forderung erhoben hat, bedarf es keines Wortes, daß auch er sich dafür einsetzt, daß die Reichsbank künftig Kredite nur gegen wertbeständige Rückzahlung und Verzinsung gewähren darf. Er hat eine Änderung des Gesetzes über die Autonomie der Reichsbank gefordert, deren Leitung die jetzige Krise nicht zum wenigsten verschuldet hat. Seiner Forderung über die Anlage eines Devisenreservefonds, für den die Devisen aus denjenigen Wirtschaftskreisen, die solche für ihren Betrieb nicht bedürfen, durch ein scharfes gesetzgeberisches und verwaltungsmäßiges Vorgehen beschafft werden sollen, muß und wird durch die Verhandlungen im Reichstag entsprochen werden, da auch die Sozialdemokratische Partei der Sache nach gleiches fordert.

Die verzweifelte Lage hat die Arbeiter einer großen Reihe Berliner Großbetriebe dazu veranlaßt, Deputationen aus den Betrieben zum Vorstand des ADGB. abzuordnen und durch sie neben wirtschaftlichen auch eine Reihe politischer Forderungen erheben zu lassen. In der augenblicklichen Situation kommt alles darauf an, daß der Bundesvorstand seine ganze Kraft und Zeit der raschen und durchgreifenden Behebung der jetzigen Notlage widmen kann, damit eine Katastrophe in letzter Stunde abgewandt wird. Die Lösung dieses dringenden Problems kann auf dem Wege der Verhandlungen des Vorstandes mit Deputationen der einzelnen Betriebe nicht herbeigeführt werden, so begreiflich es ist, daß die Arbeiter unmittelbar vom Bundesvorstand Aufschluß haben wollen. Langwierige Besprechungen dieser Art sind geeignet, den Gang der notwendigen Verhandlungen zu verzögern.

Vor allem aber kann der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund jetzt nicht in die zur Durchführung seiner Forderungen notwendigen parlamentarischen Verhandlungen eingreifen. So verständlich die Entsendung von Deputationen ist, es kommt jetzt darauf an, mit größter Besonnenheit alle Kräfte auf die entscheidenden Verhandlungen zu konzentrieren, damit nichts veräußert wird, einen Ausweg aus der verfahrenen Situation in kürzester Zeit zu finden.

Englands nächster Schritt.

Ausführliche Erwiderung auf die Antwort der Einbruchsmächte.

Eine volle Woche lang hat Unklarheit über die weiteren Absichten der englischen Regierung geherrscht; abwechselnd wurde behauptet und dementiert, daß die britische Regierung die Erwiderungsnoten Frankreichs und Belgiens beantwortet würde. Nunmehr steht es endgültig fest, daß diese Antwort tatsächlich erfolgen wird. Und zwar soll sie noch heute übermittelt werden, damit auch dieses Schriftstück mit den übrigen diplomatischen Dokumenten in dem angekündigten englischen Botsbuch am Montag erscheinen kann.

Ueber den Inhalt dieser Antwort liegen nun verschiedene übereinstimmende Meldungen vor, die darauf schließen lassen, daß es sich keineswegs um eine bloße diplomatische Formalität handeln dürfte. Vielmehr wird die britische Regierung die Gelegenheit benützen, um ihre Auffassung zu dem gesamten Reparationsproblem in Verbindung mit der Ruhrbesetzung ausführlich darzulegen. In einem Telegramm der Telegraphen-Union aus London heißt es:

Es wird in der Antwort erklärt, daß England heute unter der europäischen Situation genau so leiden müsse, wie Frankreich durch die Vermüthungen des Krieges gelitten habe. Es hat seit dem Waffenstillstand über 400 Millionen Pfund für seine Arbeitslosen ausgeben müssen, eine Summe, die einen unermesslichen Verlust darstellt, während Frankreich in derselben Zeit habe einen Teil seiner zerstörten Gebiete wieder aufbauen und seine Industrie wieder aufrichten können, die nunmehr sehr gut beschäftigt sei. Weiter wird Frankreich darauf hingewiesen, daß die oberste englische Justizbehörde die Ruhrbesetzung als im Widerspruch stehend mit dem Versailles-Vertrag anerkannt hat, und die englische Regierung macht den Vorschlag, die Besetzung aufzuheben oder aber die Frage ihrer Geschmähigkeit klären zu lassen.

Auch auf die Frage der interalliierten Schulden wird die Antwort ausführlich eingegangen. England steht genau auseinander, wie weit es in dieser Frage entgegenkommen will, und es verläutet, daß der englische Plan vom Januar wiederholt wird, den Poincaré seinerzeit zurückgewiesen hat. Der englische Vorschlag geht dahin, daß England gewillt ist, entweder von den Alliierten oder von Deutschland soviel Geld zu erhalten, daß es damit seine amerikanische Schuld decken kann. Frankreich wird aufgefordert werden, auch seinerseits zur Sicherung und Lösung der europäischen Situation beizutragen, wenn es von den Nationen, die anerkanntermaßen Verpflichtungen erfüllen müssen, etwas erhalten zu können, erwarten will.

Entsprechen diese Angaben den Tatsachen, dann muß daraus geschlossen werden, daß der Jubel der französischen Regierungspresse über die Ratlosigkeit der Regierung Baldwin voreilig war. Eine solche Antwort würde im Gegenteil darauf hindeuten, daß die englische Aktion mit der bloßen Veröffentlichung der diplomatischen Dokumente keineswegs abgeschlossen wäre, sondern im Gegenteil sich weiter entwickeln würde. Und zwar wäre namentlich die Aufrollung der Rechtsfrage von ganz außerordentlicher Bedeutung für Deutschland. Allerdings hat man in bezug auf England bereits so viele Enttäuschungen hier erlebt, daß es ebenfalls verfehlt wäre, lediglich auf Grund der vorliegenden Berichte sich irgendwelchem Optimismus hinzugeben.

Notverordnung des Reichspräsidenten.

Gegen republikfeindliche Pressehefte.

Der Reichspräsident hat heute eine am 10. August in Kraft tretende Ausnahmeverordnung erlassen, die den Reichsminister des Innern die Vollmacht gibt, Druckschriften zu verbieten, die zur gewaltsamen Änderung oder Beseitigung der republikanischen Staatsform des Reiches oder eines Landes auffordern oder in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewalttätigkeiten auffordern oder anreizen.

Der Reichsminister des Innern wird ermächtigt, die zur Ausführung der Verordnung nötigen Anordnungen zu erlassen. Alle Zweiverwaltungsbehörden des Reichs, der Länder und der Kommunen haben den auf Grund dieser Verordnung ergehenden Erläuterungen des Reichsministers des Innern im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

Der Reichstag hat gestern, Freitag, nach Erledigung des geschäftswichtigen Beschlusses der Kommunisten auf Zulassung ihrer Deputationen zur Teilnahme an den Beratungen des Reichstags, des Abkommens mit Polen über eine gemeinsame Reichsverwaltung in der Marienwerder Niederung und ein Abkommen mit der Tschechoslowakei über die Versorgung der Kriegsbekindigten im Hüttschiner Gebiet angenommen.

Darauf wird

die politische Debatte

fortgesetzt.

Abg. Petersen (Dem.) schließt sich den Ausführungen Dr. Stresemanns an. Deutschland könne in seinem Verständigungswillen nicht weiter gehen als in der letzten Note der Regierung. Weit über den Friedensvertrag hinaus habe sich Deutschland darin zu Reparationsleistungen bereit erklärt. Von der französischen Regierung fehle dagegen noch immer eine positive Erläuterung ihrer Pläne im Ruhrgebiet. Selbst England, der Bundesgenosse Frankreichs, bemähe sich vergeblich, darüber Klarheit von Frankreich zu erhalten. Nicht Freundschaft verlangen wir von England und Italien, aber die

Innehaltung des Versailler Vertrages.

den diese Mächte selbst unterschrieben haben. (Beifall.) Auch Amerika ist moralisch verpflichtet, über die Einhaltung des Vertrages zu wachen, den Wilson in erster Linie mit geschlossen hat. (Beifall.) Unter lebhafter Zustimmung rühmt der Redner den tapferen Widerstand an Ruhr und Rhein. Die neuen Finanz- und Steuervorlagen müßten schnell und energisch durchgeführt werden. Jetzt muß endlich die verhängnisvolle Fiktion aufgegeben werden, daß Markt gleich Markt sei und wenigstens die Festmarkt-Rechnung überall durchgeführt werden.

Abg. Böhm (Bayr. Sp.): Die Selbsthilfe wird uns dadurch erschwert, daß unsere Währung vollkommen zusammengebrochen ist. Die neuen Steuervorlagen werden auch nur eine vorübergehende Erleichterung bringen. Der Landwirtschaft stehen feilich große Mittel nicht zur Verfügung, denn sie muß ihre Ueberflüsse zur Betriebserbesserung verwenden. Der Redner schließt mit der Versicherung,

die Reichsteuer Bayerns

sei über jeden Zweifel erhoben.

Abg. Frösch (Komm.): Die Regierung Cuno hat durch ihre Unfähigkeit und ihre verbrecherische Abenteuerpolitik Deutschland ins Verderben geführt. Der Ruhrkampf wird heute nur noch von der Arbeiterklasse geführt, aber diese Kämpfer sind vom Verrat der Unternehmer und der Regierung umgeben. Hochangesehene deutsche Firmen im Ruhrgebiet haben sich schon mit den Franzosen geeinigt. (Hört, hört!) Die geforderte Verteilung der Kohlenvorräte zu billigen Preisen wurde von der Regierung abgelehnt, so daß diese Kohlen jetzt von den Franzosen abtransportiert werden. Privatwirtschaftliche Interessen haben unter dem Regime Cuno-Bauer über Volkswohl und nationales Interesse gesetzt. Die Firma „Rheinmetall“ hat gegen den Widerstand ihrer Arbeiter heimlich ihre Lokomotiven den Franzosen ausgeliefert und damit glatten Hochverrat verübt. (Hört, hört!) Auf der Kruppischen Zeche Hannover, auf der Thyssen-Hütte und auf vielen anderen Werken haben die Direktoren an schwarzen Brettern aufgeschrieben: „Wer wegen der französischen Besetzung die Arbeit einstellt, gilt als enklaffen!“ Die

Großunternehmer des Ruhrgebiets haben den Dolchstoß geführt.

an dem der Ruhrkampf zusammenbricht. Dazu kommt die unglückliche Korruption mit den Propagandafonds der Ruhrhilfe. Außerdem wird unter intensiver Förderung dieser Regierung der rechtsbolschewistische Bürgerkrieg vorbereitet. Ministerpräsident Feiler-Sachen hat vergeblich dagegen protestiert, daß von der Leitung der Reichsmehr in enger Verbindung mit Rohdach und den übrigen völkischen Freikorpsführern eine „Schwarze“ heimliche Armee aufgestellt und bewaffnet wird. Der von der Cuno-Regierung vorbereitete Bürgerkrieg ist jetzt unvermeidlich geworden. Diese korrupte Regierung kann sich durch Zugeständnisse nicht mehr retten; jetzt ist es zu spät. Das mit der elenden Cuno-Mark abgepfiffene Volk läßt sich jetzt nicht mehr durch verspätete Konzessionen beruhigen. Wir fordern, daß die Regierung Cuno vor einen Staatsgerichtshof gestellt wird. Der Bankrott der Cuno-Regierung ist der Bankrott der kapitalistischen Herrschaft. Die Revolution ist da, die Arbeiterschaft hat sich unbedenklich um die Parteiführung zusammengelassen zum Kampf gegen das herrschende korrupte System. Es wird niemand gelingen, uns Kommunisten in einen zu frühen Kampf hineinzutreiben. Wir werden langsam umgehen mit jedem Tropfen Arbeiterblut; aber wir werden auf dem Wege sein, wenn es den drohenden Ansturm abzuwehren gilt. Der Hammer des Proletariats wird die kapitalistische Klasse zerschlagen.

Staatssekretär Freiherr von Malchahn kommt auf die gestrigen Anfragen des Abg. Stresemann wegen der Ausweisungen deutscher Staatsangehöriger aus Polen und wegen der Remelbahn zurück und erklärt, daß die Ausweisungen polnischer Staatsangehöriger aus Deutschland in den Fällen, wo von der polnischen Regierung Beschwerden erhoben seien, zurückgewiesen seien. Wegen der von der polnischen Regierung als Repräsentanten verfügten Ausweisungen Deutscher seien Vorstellungen erhoben worden.

Reichsernährungsminister Dr. Luther

gibt einige Erklärungen über die schwierige Ernährungslage ab, die er auf den Devisenmangel und den Mangel an Zahlungsmitteln und den Zwischenraum zwischen neuer und alter Ernte zurückführt. Die Kartoffelverförmung habe sich gehoben, aber es sei richtig, daß sie auch jetzt noch nur die Hälfte der Friedenslieferung betrage. Im Reichstag fanden Verhandlungen zwischen den landwirtschaftlichen Organisationen und den Konsumgenossenschaften statt.

Die Sitzung wird auf eine Stunde unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich über die Beschlüsse des Steueraussschusses klar zu werden. Abends 7 1/2 Uhr beginnt die neue Sitzung.

Vizepräsident Dr. Bell teilt mit, daß die Kommunisten folgenden

Mittrauensantrag

eingebraucht haben: „Die Ausführungen des Reichsanstalters entsprechen nicht den Anschauungen des Reichstags. Der Regierung wird das Vertrauen entzogen.“

Abg. v. Graefe (Deutschöf.): Die Mission ausländischer Sympathien ist jetzt verfloren, die die Politik jener Herren so unheilvoll beeinflusste. Der Reichsanstalter hat das tiefstaurige Wort der Beurteilung „verbrecherischer Anschläge“ ausgesprochen, obwohl die berechtigten Gewaltakte gegen die französische Gewalt von einem wirksamen passiven Widerstand gar nicht zu trennen sind. Der Reichsanstalter befindet sich in einer kläglichen Unfreiheit, weil er veräußt hat, sich gleich die Vollmacht zu einer eventuellen

Reichstagsausführung

neben zu lassen. Wir legen Verwahrung dagegen ein, mit den Bolschewisten in einem Atem genannt zu werden. Wir protestieren gegen die schmutzige Verleumdung, daß in den nationalen Verbänden französisches Geld steckt. (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten.) Die schmutzigen Wankenshaften der Freis und Reichshaus sind gerade von meinen Freunden aufgedeckt worden. Radetzki-Schellsch und den Kommunisten wird es

nicht anlagen, die wirklich völkischen Kreise durch orientalisches Raffinement auf die bolschewistische Seite zu ziehen.

Abg. Ledebour (USP.): Cuno ist ein verschleierte, v. Graefe ein offener Reaktionist. Bei der Anwendung des Graefischen Rezeptes wäre die Besetzung längst bis Berlin ausgedehnt. Cuno hat sich mit seinen Erlassen und seiner Politik als bester Helfer Poincarés

erwiesen. Die Ruhrarbeiterschaft will von den sinnlosen Sabotageakten nichts wissen.

Mit 1 1/2 stündiger Beräthung eröffnet Präsident Lobe die neue Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung sämtlicher Steuergesetze, wie sie im Steueraussschuß gestaltet worden sind.

Abg. Oberjohren (Dnall.) gibt als Vorsitzender des Steueraussschusses im Namen des Zentrums, der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei folgende Erklärung ab: Der Ausschuß hat in eingehender Beratung die von der Reichsregierung vorgelegten Steuergesentwürfe sowie den dem Reichstag als Initiativentwurf zugegangenen Gesentwurf über die Besteuerung der Betriebe erledigt. Die Fassung, die jetzt vorliegt, ist das Ergebnis der einstimmigen Annahme dieser Gesentwürfe durch die Ausschußmitglieder sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, die erfolgt ist unter vollkommener Uebereinstimmung mit der Reichsregierung. Die schwierige Lage, in der sich unser Vaterland befindet, und der entschlossene Wille, schnell und wirksam zu helfen, hat dazu geführt, daß schwere Bedenken, die von den einzelnen Parteien von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehen, gemacht worden sind, zurückgestellt wurden hinter dem großen politischen Ziele, durch entschlossene Maßnahmen der Not des Vaterlandes zu steuern. (Beifall.)

Dieser Beschluß — auch darüber waren sich alle einig — bedeutet nur einen ersten Schritt auf dem Wege zur Lösung der Finanz- und Währungsschwierigkeiten,

soweit die deutsche Volk dazu allein imstande ist. Im Namen der Ausschußmitglieder der genannten Parteien, die sämtlich getragen sind von der Ueberzeugung, daß

nicht Worte, sondern Taten jetzt notwendig sind,

bitte ich das hohe Haus, die vorliegenden Steuergesentwürfe in der Ausschußfassung ohne Debatte möglichst einstimmig anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Keil (Soz.)

gibt namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Fraktion stimmt den zur Beratung stehenden Gesetzen zu. Sie erblickt darin einen kraftvollen Schritt in der Richtung der Finanzpolitik, die sie seit Jahr und Tag befürwortet, und die Erfüllung eines wesentlichen Teiles des Finanzprogramms, das sie zur Abstellung der furchtbaren Finanznot des Deutschen Reiches aufgestellt hat. Die Fraktion bedauert an dieser Stelle, daß es erst zu einer so katastrophalen Zerrüttung der deutschen Währung kommen mußte, ehe eine Mehrheit des Reichstages sich zu wirksamen steuerlichen Maßnahmen entschloß. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die rechtzeitige Durchführung solcher Maßnahmen hätte dem deutschen Volke schwere Not erspart. (Erneute Zustimmung links.) Die Fraktion erwartet eine energische Durchführung der jetzt zu beschließenden Gesetze, weil nur dann noch mit dem unter einem furchtbaren ohrenpolstigen Druck überhaupt möglichen Erfolg gerechnet werden kann. Die Fraktion erklärt mit Nachdruck, daß zur Hemmung des Verfalls der Währung und der Finanzen eine durchgreifende Finanzreform unverzüglich eingeleitet werden muß, daß insbesondere die Gesetzentwürfe zur Heranziehung der Wirtschaft auf der Grundlage der Ersparung der Sachwerte keinen weiteren Aufschub erleiden dürfen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Koenen (Komm.): Die Beratung im Ausschuß hat ein solches Eilzugstempo eingeschlagen, daß auch nicht einmal ein einziger Antrag gedruckt vorgelegt werden konnte. Der Ausschußvorsitzende hat auch falsch berichtet, wenn er sagte, die Vorlagen seien sämtlich gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen worden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Die Rhein-Ruhr-Abgabe wird in zweiter und dritter Lesung in der Ausschußfassung angenommen. Als außerordentliche Abgabe wird danach erhoben 1. von den Einkommensteuerpflichtigen, die zur Entrichtung erhöhter Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer verpflichtet sind, am 25. August d. J. das Doppelte der für das dritte Kalendervierteljahr 1923 zu entrichtenden Vorauszahlung, am 5. Oktober das Doppelte der Vorauszahlung für das letzte Kalendervierteljahr und am 5. Januar 1924 das Doppelte der Vorauszahlung für das erste Vierteljahr 1924, 2. von den übrigen Einkommensteuerpflichtigen, deren steuerbares Einkommen im Jahre 1922 den Betrag von 1 Million Mark überstiegen hat, am 25. August des hundertfachen der nach dem Einkommen von 1922 berechneten Vorauszahlungen für das dritte Kalendervierteljahr 1923, am 5. Oktober das 200fache der Vorauszahlungen für das letzte Vierteljahr und am 5. Januar das 200fache der Vorauszahlung für das erste Vierteljahr 1924. Von den Erwerbsgesellschaften wird am 25. August ein Viertel der Körperschaftsteuer, vervielfacht mit 600 erhoben, am 5. Oktober und 5. Januar weitere Raten um. Im Rahmen dieser Bestimmungen wird von allen Kraftfahrzeugbesitzern eine einmalige außerordentliche Abgabe erhoben. Der Abgabe unterliegen nicht Kraftfahrzeuge im Besitze des Reiches, der Länder und Gemeinden, Personentransportwagen und Kraftomnibusse im Vorbetrieb, Postkraftwagen, Feuerwehr- und Krankentransportwagen.

Das Steuergesetz wird unverändert angenommen. Angenommen werden auch die Vorlagen über die Verbrauchsteuern, die diese der Geldbewertung anpassen. Angenommen wird auch die Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer, ebenso die Betriebssteuer. Auch der Rest der Steuervorlagen wird angenommen. Damit sind

sämtliche Steuervorlagen in zweiter und dritter Lesung erledigt.

Präsident Lobe schlägt vor, in einer neuen Sitzung die Frage der wertbeständigen Anleihe und das kommunistische Mißtrauensvotum zu behandeln. Heute könne das nicht geschehen, da ein solches Mißtrauensvotum erst am Tage nach der Verteilung zur Abstimmung gebracht werden kann.

Abg. Marx (Z.) schlägt vor, die neue Sitzung am Montag abzuhalten, damit die Anleihe im Ausschuß eingehend beraten werden kann.

Abg. Koenen (Komm.) schlägt Sonnabend vor, um Klarheit über die Existenz des Kabinetts zu schaffen. Diesem Vorschlag schließt sich Abg. Dittmann (Soz.) an.

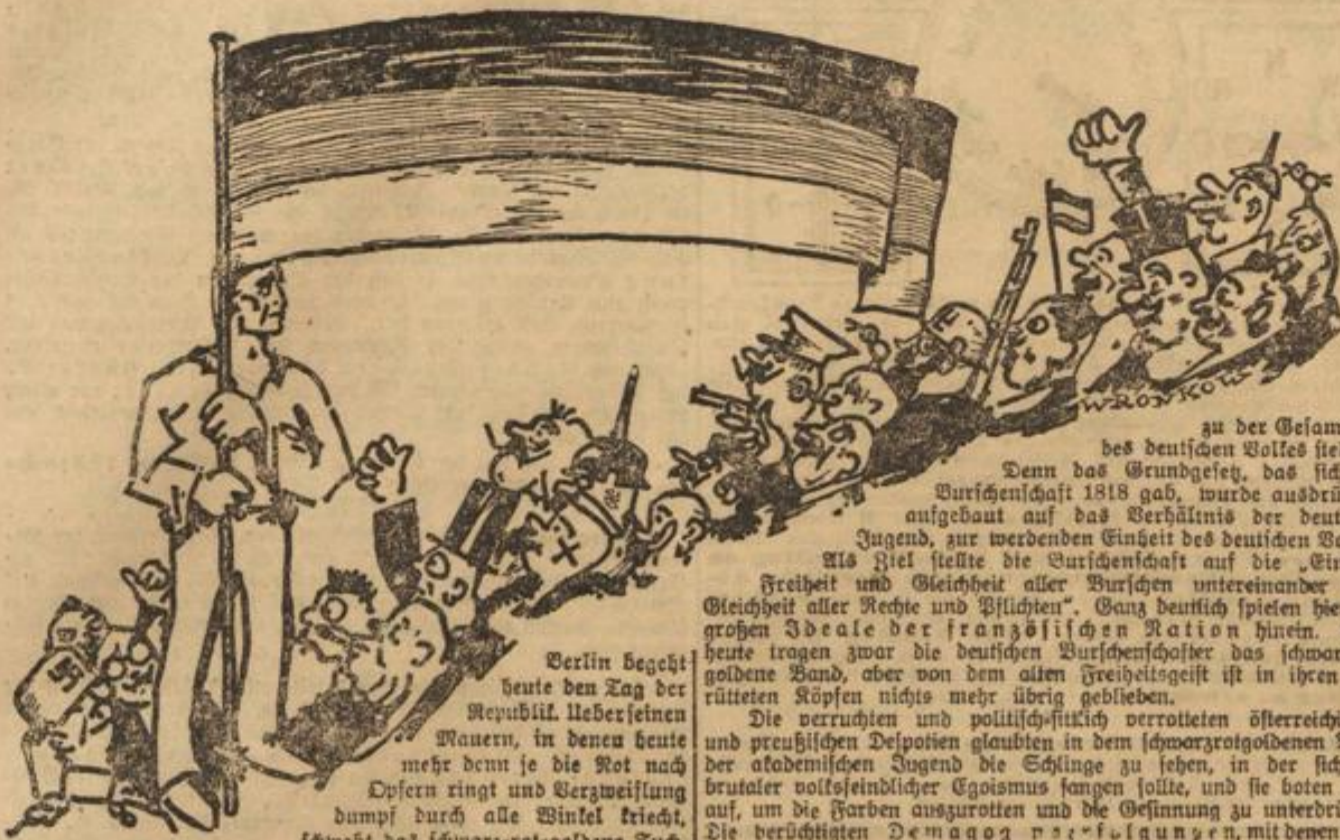
Gegen die Stimmen der Linken und des kleineren Teils der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei wird beschloffen, die nächste Sitzung Montag 3 Uhr abzuhalten. — Schluß 9 Uhr.

Neues Verbot der „Münchener Post“.

Die bayerische Regierung frucht Bürgerwehren.

München, 10. August. (Eigener Dachbericht.) Die Polizeidirektion München hat unter Parteiblat die „Münchener Post“ auf acht Tage bis einschließlich 18. August verboten. Die Ursache des Verbots ist die Nachricht aus Kempten, wonach im dortigen Jäger-Regimentsbatalion Mitglieder des Bundes „Bayern und Reich“ zu militärischen Übungen eingerollt sind. Das Verbot stützt sich auf den § 1 der bekannten Notverordnung, nach der in solchen Mitteilungen eine Vorladung an den Feind erblickt wird. Da schon bei dem letzten Verbot unseres Parteiblattes das graphische Kartell der Münchener Buchdrucker die Stilllegung der bürgerlichen Presse Münchens angedroht hat, so ist bei der augenblicklichen außerordentlich gespannten Lage eine Auswirkung in dieser Richtung heute nicht unwahrscheinlich. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Münchens wird morgen zu dem Verbot Stellung nehmen.

Tag der Republik.



Keine Zeit, Feste zu feiern und das Gedankt zu einer Sache, die erst werden soll, in alle Himmel zu erheben. Aber der Schritt auf diesem Wege, der jetzt durch alle Finsternisse geht, darf nicht zurückgelassen werden.

Der Artikel 3 der Reichsverfassung vom 11. August 1919, deren feierliche Begründung und Ehrung der heutige Tag geweiht ist, lautet: Die Reichsflaggen sind Schwarz-Rot-Gold. Bisher eigentlich der, übrigens ausgezeichnete Farbenkreislauf Schwarz-Rot-Gold in früheren Jahrhunderten stammt, hat sich bisher trotz der großen Mühe, die sich die Heraldiker gegeben haben, noch nicht ganz ein- und Belästigung dessen, was Edward David in seiner Rede im Reichs-

zu der Gesamtheit des deutschen Volkes stellen. Denn das Grundgesetz, das sich die Burschenschaft 1818 gab, wurde ausdrücklich aufgebaut auf das Verhältnis der deutschen Jugend, zur werdenden Einheit des deutschen Volkes. Als Ziel stellte die Burschenschaft auf die „Einheit, Freiheit und Gleichheit aller Burschen untereinander und Gleichheit aller Rechte und Pflichten“.

Die verruchten und politisch-sittlich verrotteten österreichischen und preussischen Despoten glaubten in dem schwarzrotgoldenen Band der akademischen Jugend die Schlinge zu sehen, in der sich ihr brutaler volksfeindlicher Egoismus fangen sollte, und sie boten alles auf, um die Farben auszurotten und die Gesinnung zu unterdrücken. Die verächtlichen Demagogie-Folgungen, mit denen diese Regierungen vorgingen, sind zu bekannt, als daß man an dieser Stelle genauer darauf einzugehen braucht. 1832 wurde sogar durch ein Bundesgesetz der Gebrauch aller nationalen Abzeichen — das war das verbotene Schwarz-Rot-Gold — verboten und nur das Tragen der Landesfarben war gestattet, also in Oesterreich Schwarz-Gelb und in Preußen Schwarz-Weiß.

Der Republikaner.

Von Josef Maria Frank.

Unter grünen Bäumen sah er und sah auf die Menschen, die an ihm vorbeizogen in Jagen und mit Fahnen, um des Tages zu gedenken, der ihr Tag und Tag der Republik sich nennt. Es waren alte und junge Männer aus allen Schichten, doch zur Mehrzahl Arbeiter wie er; neben ihnen Frauen und Mädchen, vor ihnen und hinter ihnen laute Jugend, die stolz die schwarzrotgoldenen Fahnen trug.

Er sah sie sich näher an: die Alten waren wortkarg und nachdenklich; zwischen ihren hochgezogenen Brauen stritten tiefe Falten; aus ihren Augen stierte stumpf die Sorge um die Fahne, der sie folgten. Neben ihnen andere: aus deren Augen funkelte und blitzte es hell; ihre Stirnaden liefen düster als sonst zu den Schläfen, und ihre Mäuler waren herb und im Winkel geschlossen; sprachen sie, waren es Worte vom Kampf; lachten sie, klang es metallisch hell und hart. Und was sie dachten, war der Ausdruck des Willens, die Fahne zu schützen.

Und wieder andere: die sahen feindselig auf die Straße; wild und heißer hörten sich ihre Rufe an; fanatisch lockte es aus ihren Augen und ihre unschönen Stimmen wurden schön und packend durch Anbrunst und Begeisterung, mit der sie ihre Lieder sangen. Und noch andere sah er und erkannte in ihnen traumhaftes Sehnen und redschwere Triebe, Triumph und Niedergeschlagenheit Seite an Seite marschieren, lobende Liebe neben verzerrter Hül.

Die Frauen gingen müde und mit schweren Schritten; sie trugen sichtlich die Sorgen mit, die ihr Sein bedeuten im Kampf der Tage; und während sie mit den Männern sangen, schien diese und jene fern dem Gesang und der Stunde zu sein, schien zu rechnen und zu grübeln, indes tiefe Falten um die zuckenden Lippen liefen. Der stille Beobachter erkannte, daß diese Frauen an ihre Rot zu Hause und die hungrigen Kinder dachten, an die Weidweinsche, die zu wenig, um sich satt zu essen, an die Mühe, das Bißchen, das sie haben mußten, überhaupt zu erlangen.

Der Fremde auf der Bank sah prüfend ihr Neuhäres: die Kleider sauber, aber fadenhäutig; die Schuhe gestickt und derb; und wie die Kleidung ihre Gesichter — verbraucht und mager, blaß und ausgemergelt von der grauenhaften Not, doch schnell und gestrafft mit spielenden Muskeln. Auf vielen lag der Staub stundenweiter Wege. Und der Staub legte wie die harten Gesichter den Willen, der Republik als ihrer zu gedenken.

Da nahte sich ein Zug mit Krüppeln, Krügererschöpfenen, auf Rücken und in Rollstühlen; einer vor ihnen hielt in der rechten Hand, der einzigen, die er besaß, die Fahne. Ernst sahen die Folgenden auf sie, die der Wind straffte wie ein grades Tuch. Es wurde still; der kleine, stumme Zug befahl mit eiserner Bestimmtheit das Schweigen, das für Sekunden auf den Bürgersteigen herrschte.

Da sah der Gast auf der Steinbank starr durch die Menschen

hindurch: eine öde Ebene lag vor ihm; über ihm ein Grollen, monoton und grausam; um sich herum gleitende Gestalten, zwischen denen mit betäubendem Krachen schwarzblaue es einschlug, splitternde Balken in der Luft und prasselnde Erdschollen; geläufige Schreie und stöhnendes Wimmern; und da spürte er plötzlich wieder an der rechten Schulter den schneidenden Schmerz und schaute mit der Linken aufzuckend nach dort und sah bitter lächelnd — den leeren Kermel, auf dem kalt und gleichgültig die Sonnenstrahlen durch das Laubgeäst her spielten.

Damals war ihm die Erkenntnis geworden, die ihn in der Revolution zum Republikaner gemacht hatte. Und ihm hatte hoffen lassen auf Republik und neues Werden. . . .

Und nun . . . ? Schimmer war die Not wie je. Grausamer war fast die Zeit als das Eisen, das ihm den rechten Arm geraubt hatte, Ringsum Rot, Rot, bittere Not! Ringsum Hunger und Elend, blasse Kinder und weinende Frauen! Die Republik amputiert zu einem Kump! Brutales Wüten fremder Soldateska im Lande! Grauenhaftes Wüten der eigenen Brüder gegeneinander! Organischer Mundraub, Wucher und Betrug! Hohe aller Menschlichkeit im eigenen Lande, Hohn aller Klugheit, Entschlußkraft, Einigkeit! Von aller Welt verlassen, im Strudel des Egoismus und der offenen Feindschaft kämpfend um sich selbst, zerfleischt, bespuckt, beschimpft, befehdet, von Vagabunden umlauert, von Fräusen durchwühlt, von Fremden unterminiert, von der „Menschheit“ ans Duldereuz geschlagen, zerstoßen und mit „Essig“ getränkt — seine Republik!

Und aufstöhnend bäumte er sich hoch, trer suchend sahen seine zerquälten Augen in die Menschen, die da um ihn lachten, plauderten, politisierten, schimpften, schrien, tobten, fluchten und selbst nicht wußten, was ihnen nottut:

Das Eins-Sein mit der Republik! Der Wille für die Republik zu kämpfen und zu opfern! Das offene Bekenntnis für die Republik und die klare Erkenntnis, wer ihre Freund und Feind, das ehrliche Wollen, für die Republik zu kämpfen auf Leben und Tod — um Deutschlands Willen für die Menschheit, um der Menschheit willen für Deutschland! Die Einigkeit in diesem Ziel und aus der Einigkeit geboren die Macht und Stärke und Strenge, die Disziplin und der Gehorsam!

Und der Republikaner auf der grauen Steinbank erkannte, daß nun die Stunde der Republik gekommen, die Stunde, aus der sie wahrhaft wird oder in der sie stirbt, weil sie sich selbst nicht erkennen und bekennen konnte. . . .

Und laut und fest sprach er es aus: „Ans Werk nun, Republik! Jetzt hebe deine Fahne und schütze dich! Wach auf und sei nun endlich dein Diktator, Republik! Es geht um dich und alles!“

Eine neue Quäterspindel. Die amerikanischen Quäters haben, wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ mittels weiterer Mittel zur Befämpfung der Tuberkulose bei Kindern zur Verfügung gestellt. Es sollen 250 Berliner Kinder,

heran, die Höhe der preussischen Reaktion und mit ihnen die Ausrottung alles dessen, was sich zu Schwarz-Rot-Gold bekannte. In Deutschland war, als dann die prächtige und prunkende Aera Schwarz-Weiß-Rot unter Wilhelm II. einsetzte, erst recht kein Platz für die alten Freiheitsfarben. Einzig und allein in Oesterreich fanden sie eine Heimstätte. Und besonders die von Tschechen und Polen bedrängten Deutschen in Oesterreich sahen in diesen Farben noch wie vor das alte Einheits- und Einigungszeichen aller Deutschen und brachten es auf ihren Bannern und Vereinsabzeichen an. Erst in der letzten Zeit scheint mit der nichtswürdigen Propaganda der Deutschnationalen teilweise auch hier eine Aenderung der Bestimmung und damit ein Farbenwechsel eingetreten zu sein.

Wenn heute wieder auf allen Straßen und Plätzen die schwarzrotgoldenen Fahnen wehen, so ist das gleichsam eine Bestätigung und Bekräftigung dessen, was Edward David in seiner Rede im Reichstag vom 27. Juni 1921 als Schlusswort sagt: „Die Arbeiterdemokratie, die Sozialdemokratie läßt sich die Republik nicht mehr rauben. Sie wird sie verteidigen mit aller Kraft und mit allen Nachtmitteln, die ihr zur Verfügung stehen. Wir wünschen nicht, daß es in Deutschland noch einmal zu inneren Erschütterungen kommt. Wenn Sie, meine Herren von der Rechten, es doch dahin treiben, einen Angriff auf die Republik zu unternehmen, dann versichere ich Ihnen, daß der endgültige Sieg nicht auf Ihrer Seite sein wird.“

An den Farben Schwarz-Rot-Gold, die wir jetzt als Nationalfarben führen, klebt das Blut vieler heldenhafter deutscher Männer und Jünglinge, die für ihre Ueberzeugung gelitten und gestorben sind. Wegen dieser Farben haben Tausende der Besten mit ihren Angehörigen und Familien unerhörte Qualen ausstehen müssen, sind gehetzt und gejagt, sind rechtlos und fähig gemacht worden. Soll das alles umsonst gewesen sein und vergehen werden?

Eine Verhöhnung der Verfassungsfeier.

In der Wilhelmstraße 9 zu Berlin, woselbst von deutschnationalen und volksparteilichen Gnaden der „Kladderatsch“ immer noch so verminderte Wihe von sich gibt, daß man sich erst hinhin lassen muß, um lachen zu können, ist eine große Not an Gehirnsmalz aufgetreten. Anders kann man es nicht verstehen, wenn man sieht, daß das Witzblatt aller erbosten und geistig unterernährten Spießer den Verfassungstag gerade gut genug hält, um die Feiertage dieses Tages und mit ihr den Genossen Scheidemann sowie Künstler und Dichter vom Rang eines Richard Strauß und Gerhard Hauptmann hämisch zu spottieren. Bergeläufige Mühe, den traurigen Befellen, die sich einbilden, noch wunder wie deutsch zu sein, den Ernst und die Weihe eines solchen Tages begreiflich machen zu wollen. Es genügt diesen Leuten die Tatsache, daß die Sozialdemokratie den Verfassungstag mit besonderer Hingabe begeht, um den Versuch zu rechtfertigen, ihn herabzusetzen. Würde sich in demokratischen Ländern wie Dänemark, die Vereinigten Staaten und die südamerikanischen Freistaaten ein Federstecher nebst Zeichner erdreisten, den höchsten staatlichen Feiertag, den Verfassungstag, zum Gegenstand des Unkes zu machen, so könnten sie etwas erleben. In Deutschland aber darf es der Verlag des „Kladderatsch“ sogar noch wagen, den Schund in einem Glaskasten im Hause Wilhelmstraße 9 öffentlich auszuhängen.

Verfassungsfeier der Abteilung I. A.

Während sich die gesamte Beamtenschaft des Berliner Polizeipräsidiums heute am Verfassungstage selbst zu einer gemeinsamen Feier veranlassen wird, hatte die Abteilung I A (politische Polizei), der von Amts wegen der politische Schutz der bestehenden Verfassung obliegt, bereits gestern eine Sonderfeier veranstaltet. Der Leiter der Abteilung wies in seiner Ansprache auf die Bedeutung der Verfassung hin und der Vorsitzende des Beamtenschaftsausschusses brachte zum Ausdruck, daß alle Beamten der politischen Polizei treu zur Verfassung ständen und daß die Republik sich stets auf die Beamtenschaft der Abteilung I A stützen könne.

Zur Bebel-Feier teilt der Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin mit, daß wegen Ueberlastung des Reichstages die Feier am Montag erst um 8 Uhr beginnen kann. Einloß in den Saal um 7 1/2 Uhr.

die nach den Richtlinien der deutschen Tuberkulosefürsorgestellen ausgewählt werden, sechs Monate lang durch Bische, Kleidung und Lebensmittel nachdrücklich unterstützt werden. Verabfolgt werden täglich Frischmilch, wöchentlich Butter, Kaffee, Hoferstoden und Lebertran, jodann Leib- und Beistwäsche, Taschentücher und Seife für jedes Kind ein Paar Stiefel und zwei Paar Strümpfe.

Die Rieseneiche von Göttrup. Uralte Eichen grünen im deutschen Lande. Wunderbare Rieseneichen rosen auf im baltischen Urwald, röhre dem Reinhardswälder Gellit Beberbeck, ein mächtiger Koloss erhebt sich bei der Waldecker Hauptstadt Krossen, aber die gewaltigste ist sicher die Rieseneiche von Göttrup im Uertal im Lippischen. Breit und hoch ist diese Eiche, verastet, knorrig, marig und kirchturnhoch, ähnlich, was den Stil anbetrifft, einem Normannenturm. In dieser Eiche kann ein breites Wohnhaus mit Bauernbaustüt für den Erntewagen und zwei Fenstern beiderseits bequem stehen. Einen großen Hof schirmt dieser bis in die Wipfel jugendgrüne Äste. Nur ganz oben in der Krone ist ein einzelner dürrer Ast, und auch der ist nur kein. Der Äste wächst sogar noch immer. Seit Jahren besuchen ihn Vereine. Ihre Mitglieder reichen sich die Hand und winden so einen Kreis um die Eiche. Mancher zeigt ihr seine Verlobung an. Und diese Eiche stammt aus den Jahren um 800 herum. Der Hof gehört den Adelskings. Diese Familie wurde 1250 gegründet. Ihr Name entstand aus Ad-eding, d. h. rauschende liebe (ing) Eiche. Mann zur rauschenden lieben Eiche. Sie war also 1250 nicht mehr so ganz jung, etwa 500 Jahre alt, sonst hätte man sich 1250 nicht nach ihr benennen können als einer schon bedeutenderen. Der Vater dieser Eiche diente noch den altgermanischen Göttern, und die Eiche selbst in ihren Jugendjahren auch noch; aber dann rauchte sie der ersten christlichen Zeit im christlichen Urwalde. Und doch ist diese Eiche nicht die Älteste in Deutschland. In Mecklenburg gibt es zwei Eichen, die zweitausend Jahre alt sind, aber jede ist doppelt und deshalb nach kumbigem Urteil kein Riese. In der Heimat des Riesen von Göttrup im lippischen Lande gibt es auch sonst nur noch eine alte bedeutende Eiche, und die ist durch die Mauer in Hornoldendorf gewachsen.

Die Staatstheater eröffnen ihre neue Spielzeit am Sonntag, den 19. August, mit den „Reisterkinnern“ im Opernhaus und „Waldem Teu“ im Schauspielhaus. Beginn des Vorverkaufes am Donnerstag, den 16. August.

Das Trianon-Theater beginnt seine neue Spielzeit am 1. September mit Ludwig Ruldas Lustspiel „Die verlorene Tochter“. Erfa Bühner spielt die Titelrolle, Eugen Burg und Julius Follenstein die männlichen Hauptrollen.

Am Reising-Theater ist das Gastspiel der III. Stube des Moskauer Künstlertheaters bis einschließl. 17. August verlängert worden.

Zu der Volksbühne findet Sonnabend die abgelaunte Vorstellung von „Madame Buttefly“ doch statt, da das Philharmonische Orchester frei geworden ist.

Rein internationaler Kongress für Augenärzte. Nach einer „Matin“-Redung haben die französischen und belgischen Gesellschaften von Augenärzten es abgelehnt, an dem von der englischen Gesellschaft für das Jahr 1923 nach London einberufenen internationalen Kongress für Augenärzte teilzunehmen, weil auch die deutschen Augenärzte teilzunehmen und die deutsche Sprache als eine der offiziellen Sprachen des Kongresses anerkannt werden soll. Die Einberufung des Kongresses ist deshalb verlagert worden.

Die Verfassungsfeier in der Schule.

Von Studienassessor Dr. Willy Blumenthal.

Heute, einen Tag nach Schulbeginn, wird sich die deutsche Jugend mit den Lehrern im Festsaal ihrer Schule versammeln, um den Jahrestag der Verfassung der deutschen Republik feierlich zu begehen.

In letzter Stunde sei hier den Veranstaltern dieser Feiern, also den Schulleitern, ans Herz gelegt, den 11. August nicht wie schon so manche von „oben“ angeordnete Republikanischerfeier widerwillig und befehlsgemäß zu feiern.

Antwortet nicht, daß die Jugend keinen Sinn und kein Verständnis hat für den Anlaß zu dieser Feier, daß es nicht möglich ist, sie für den Verfassungstag, für die Republik zu begeistern. Doch, es ist möglich, und es ist sogar eine leichte und schöne Aufgabe. Erzählt morgen den aufstrebenden Jungen und Mädchen aus der Zeit zählt heute den aufstrebenden Jungen und Mädchen aus der Zeit Krieg von uns verlorengegeben werden mußte, erzählt ihnen, wie das Chaos über unser armes Land und über unsere arme Stadt hereinzubrochen drohte und wie dann mutige Männer in Treue traten, was sie vermochten, um die Nacht des Unterganges zu bannen, und wie endlich aus Leid und Not die junge Republik geboren wurde, und sagt ihnen, daß heute, am 11. August, ihr Geburtstag ist, den wir alle feiern.

Wir müssen trotz aller Not den 11. August zu einem Freudentag für die Jugend machen. Musik, schöne Dichterverse, fröhliche Spiele auf Wiesen und in Wäldern mögen den Tag beschließen.

Wenn wir Lehrer der Republik die Geburtsstunde des neuen Reiches freudig feiern, dann wird die Schuljugend gern mitemstimmen in den Ruf des Volkes: „Es lebe die Republik!“

Die neuen Preise für Brot, Milch, Wasser und Licht.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Anpassung der Elemente des Brotpreises, insbesondere der personellen Unkosten in den Bäckereien, die Versteigerung des Kohlenpreises usw. machen eine Herabsetzung des Brotpreises des Kommunalbrottes auf 62 000 M., der Kommunalbrottschuppe auf 2400 M. vom 13. August ab unweissbar. Für den seit der letzten Rechnungsabgrenzung festgelegten Verbrauch haben die Abnehmer, bei denen eine Standaufnahme in der Woche vom 12. bis 18. August erfolgt, folgende Preise zu zahlen: 1 Kubikmeter Gas 60 000 M., 1 Kubikmeter Wasser 30 000 M., 1 Kilowattstunde elektrischen Strom 100 000 M. Der neue Milchpreis beträgt vom 13. August ab für 1 Liter Vollmilch 50 000 M., für nach Berlin eingeführte Raermilch 20 000 M. Diese reinen Verzweigungspreise wird die Berliner Bevölkerung natürlich nur dann zahlen können, wenn bis zur Stunde der Gelderhebung ihr Einkommen sich gleichfalls wie die städtischen Tarife der Geldwertung angepaßt hat.

Notgeld der Großbetriebe.

Da mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Reichsbank für die heutige Lohnzahlung noch nicht genügend Zahlungsmittel wird zur Verfügung stellen können, haben einige Großfirmen, u. a. die A.G. für alle ihre Betriebe Gutscheine mit kurzer Umlaufzeit ausgegeben. Diese Gutscheine werden von den Geschäften, die sich in der Nähe der Fabriken befinden, im allgemeinen an Zahlungs Statt angenommen. Außer der Konsumgenossenschaft haben sich auch große Geschäftshäuser, vor allem Weichheim, Lieb zur Uebernahme der Gutscheine bereit erklärt. Lebensmittel, die schon gestern in den Warenhäusern knapp waren, werden naturgemäß nur, soweit die Vorräte reichen oder zu beschaffen sind, ausgegeben werden können.

Aufgelöste Demonstrationen.

Gestern wurden durch Arbeitslose aus der Eisenindustrie Sachmann Arbeitswillige entfernt. Die gleichen Versuche wurden in der Löwensteinen Waffenfabrik unternommen. Von dort zogen die Demonstranten, die von der Spandauer Straße in Wittenau hermarschiert kamen, auf einen in der Nähe befindlichen Platz, um dort ihre Forderungen zu erörtern. Da zurzeit jeder Demonstrationen zug und jede Ansammlung unter freiem Himmel verboten ist, wurde die Versammlung aufgelöst.

Keine Umzüge in der Innenstadt.

Wie uns das Berliner Polizeipräsidium mitteilt, sind am heutigen Verfassungstage Umzüge in der inneren Stadt verboten, soweit sie nicht ausdrücklich vom Polizeipräsidium genehmigt sind. Insbesondere wird auf die Innehaltung der Bannmeile durch die Schutzpolizei geachtet werden.

2 Zentner Papiergeld beschlagnahmt.

Eine noch nicht ganz geklärt, besondere Spekulation scheint ein russischer Kaufmann zu betreiben, der gegenwärtig in Holland wohnt. Im Begriff, abzureisen, fiel er Polizeibeamten mit zwei schweren Koffern auf. Er wurde festgehalten und es ergab sich, daß die Koffer zwei Zentner deutsches Papiergeld in allen möglichen Noten enthielten. Der Russe wurde daraufhin verhaftet, der Inhalt der Koffer, für über 1 Milliarde Reichsbanknoten, beschlagnahmt. Seine „Geschäftsreisen“ dienen ihm augenscheinlich dazu, Kapitalien in deutschem Gelde nach dem Ausland auszuführen. Hiernach scheint es, daß unsere in den Abgrund gestürzte Mark im Ausland doch noch begehrt wird. Es fragt sich nur, zu welchem Zwecke.

Die Verfassungsfeier der Jungrepublikaner findet trotz der Abgabe des Fackelzuges im Herrenhaus, Leipziger Str. 3, statt.

Keine Opernvorstellung! Wir weisen wiederholt darauf hin, daß heute abend keine Vorstellung im Opernhaus stattfindet.

Tarifierhöhung bei der Hochbahn-Gesellschaft. Am Montag, den 13. August, wird die Hochbahn-Gesellschaft ihre Fahrpreise erhöhen, und zwar in folgender Weise: Bis zum 5. Bahnhof in der 3. Klasse 10 000 M., und in der 2. Klasse 14 000 M., für die ganze Strecke 14 000 (18 000) M., Bocks zu zehn Karten kosten: bis zum 5. Bahnhof 90 000 (126 000 M., für die ganze Strecke 126 000 (180 000) M., Wochenkarten zu zwölf Fahrten für die ganze Strecke kosten 126 000 (160 000) M.

Die in den Händen der Fahrgäste befindlichen bisher geltenden Fahrkarten können auch weiterhin zur Fahrt benutzt werden, jedoch sind für eine Fahrt zwei Fahrkarten derselben Sorte zu verwenden.

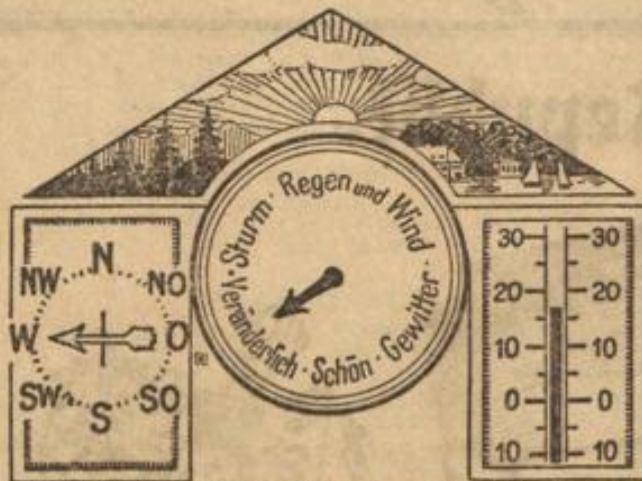
Die Gebühren für Ärzte und Zahnärzte betragen vom 8. August an, wie dem Amtlichen Preussischen Preisbedienst vom Gesundheitsministerium mitgeteilt wird, das 80000fache des Friedensjahres.

Feuer in einer Waffenkammer der Schupo. Am Freitag mittig brach in der Waffenkammer der Schupo in Charlottenburg, Schloßstraße 1, einer ehemaligen Kaserne der Garde-du-Corps, Feuer aus. Es gelang der Wehr, durch schnelles Eingreifen eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Wegen Aufklärung der Entstehungsurache sind Ermittlungen im Gange.

Der Deutsche Republikanische Reichsbund ruft alle Republikaner, sofern sie sich nicht an der Kundgebung der SPD in der „Neuen Welt“ beteiligen, auf, in Massen der Kundgebung zu erscheinen, die heute, Sonnabend, 8 1/2 Uhr abends, im Lustgarten beginnt.

Die Gefahren der Tuberkulose lautet das Thema eines Vortrages des „Völkertüchtigen Kulturvereins Hedding“ am Montag, den 13. August, nämlich abends 7, 8 Uhr im Augenheilm, Schönleibstr. 1 (Wedigenheim). Reiseleiterkürzungen. Die deutschösterreichische Regierung hat zur Vereinfachung des Reiseverkehrs dem Österreichisch-Deutschen Reisebureau, Leopoldenstr. 19, das Recht erteilt, innerhalb Deutschlands Reisepässe zu erteilen (Blau) für Deutschösterreich zu besorgen. Das Bureau vermittelt weiter Visa für die Tschechoslowakei. Die Besorgung der Sichtverträge erfolgt in der Regel innerhalb längstens 24 Stunden.

Wetteraussichten für Sonntag.



Zu Beginn dieser Woche drang ein umfangreiches Hochdruckgebiet von Frankreich gegen Mitteleuropa vor, während sich gleichzeitig ein Tief von Südschweden nach Südwestrussland entfaltete. Nach zahlreichen, besonders im östlichen Ostseegebiet ergiebigen Regenfällen erhoben sich daher im größten Teile Deutschlands starke West- und Nordwestwinde und fand überall eine beträchtliche Abkühlung statt. Zwischen Donnerstag und Freitag morgen ist ein atlantisches Tiefdruckgebiet nach dem Europäischen Nordmeer und Mittelkandinavien vorgerückt. An seiner Südseite hat sich ein Teiltief ausgebildet, bei dessen Annäherung die Temperatur am Donnerstag nachmittag zu Magdeburg 29, am Freitag zu Frankfurt a. M. sogar 31 Grad Celsius erreichte. Während des Vorüberganges des Teiltiefs dürfte zwischen Freitag abend und Sonnabend mittag an vielen Orten Gewitterregen und eine merkliche Abkühlung eintreten. Dabei werden bei frischen westlichen Winden voraussichtlich noch wiederholte, obschon nicht sehr bedeutende Regenschauer folgen. Für Sonntag ist aber wieder größtenteils heiteres, in den Tagesstunden etwas wärmeres, wenn auch noch nicht beständiges Wetter zu erwarten.

Hitzewelle in den Vereinigten Staaten. Die „Times“ erfährt aus Washington, daß die Amerika überflutende Hitzewelle eine sehr hohe Temperatur erreicht hat. Gestern haben in Washington 190 Personen Hitzeschläge erlitten.

Unsere werten Inserenten machen wir darauf aufmerksam, daß die jeweiligen Anzeigenpreise regelmäßig am Kopf des „Vorwärts“ angezeigt sind / Besondere Benachrichtigung bei Preisänderungen erfolgt nicht! VORWÄRTS-VERLAG G.m.b.H.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Richtung, Bezirksvorstand!

Morgen, Sonntag, den 12. August, vormittags 10 Uhr, wichtige Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Reichstagsgebäude. Eingang: Portal II. Tagesordnung: Die augenblickliche politische Lage.

Heute, Sonnabend, den 11. August:

- 19. Kreis Vantow. 7 1/2 Uhr Verfassungsfeier bei Linde, Breite Str. 34. Redner Genosse Hellmann. M. d. L.
- 48. Wkt. Sämtliche Ordner heute nachmittag 5 Uhr in der Neuen Welt.
- 100. Wkt. Friedrichshagen. Verfassungsfeier heute abend 8 Uhr in der Aula des Realgymnasiums. Redner Genosse Dr. Goldschmidt. Redaktionen: „Mittler Deutscher“, „Hilf!“, Frau Otto, Blöcher, Fr. Ellsicht, Gefangenenverein „Eintracht“, Eintritt 5000 M.

Morgen, Sonntag, den 12. August:

- 8. Wkt. Am Weichsel am Sonntag in Hakenfelde treffen sich die Kinder um 9 Uhr am Bahnhof Nordstraße. Treffpunkt der Parteigenossen 11 1/2 Uhr Bahnhof Nordstraße. Keine Beteiligung wird erwartet.
- Reutheim. 91. Wkt. Am Sonntagabend Sommerfest im Hofgarten, Hofgartenstr. 6-10, haben wir alle Parteigenossen mit ihren Angehörigen ein Konzert, Gesang, Rezitationen, Arbeiterliederchor sowie unsere Arbeitervorrede werden allen annehmlichen Nachmittags veröffnen. Ansprache Genosse Trispian, M. d. R. - 92. Wkt. Vormittags 11 Uhr im Hotel von Orizer, Bestraße 9, Abrechnung der Bezirksführer.

Hebermorgen, Montag, den 13. August:

- 101. Wkt. Kreuzberg. 7 1/2 Uhr im Lokal „Richter“, Am Treptower Park 29, Verfassungsfeier, anlässlich des 10. Jahrestages unseres Führers. Rezitationen, Gesang, Berliner Volkschor. Worte zum Gedächtnis Richard Wagner. Gäste willkommen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Beitrag erhoben.
- Quantitätskassen. Gruppe „Eckardt“ Vortrag über alte und neue Formen. Referent Genosse Franzen. Arbeiterjugend und Parteigenossen sind eingeladen.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Sonnabend, den 11. August:

Jugendgruppen, beteiligt auch an der Verfassungsfeier abends 8 Uhr in der Neuen Welt, Eisenfelde.

Morgen, Sonntag, den 12. August:

- Marlenehoff! Wanderung nach Breden. Treffpunkt 8 Uhr Wkt. Marlenehoff. - Raabitz! Spielkutsch nach Bredensberg. Treffpunkt 8 1/2 Uhr Wkt. Peltonen. - Stargitz! Wanderung Koffen-Röhren. Treffpunkt 8 Uhr Wkt. Ebbende. - Ebbend (Reichsbanner) Ebbend! Wanderung nach dem Bredensberg. Treffpunkt 8 1/2 Uhr Ebbend. - Oden (Stralauer Reichsbanner) Treffpunkt zur Verfassungsfeier heute 8 1/2 Uhr nachmittags am Rudolfplatz. Treffpunkt zur Wanderung Sonntag früh 8 Uhr Wkt. Großau-Rammelsburg.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittags 11 Uhr im Goel. Doppelallee 15, Vortrag des Herrn Dr. R. Orie: „Das Problem der Fortbildung“. Gäste willkommen.

Preise und Löhne.

Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle (in tausend Mark)		Höchste Wochenlöhne in Berlin (in tausend Mark)	
Schmalz	620-660	Batterie- und Elementarb.	2039
Margarine	600-700	(Presser) v. 30. 7. bis 8. 8.	
Kalbsteisch m. Knochen	280-380	Well- und Haarhutarbeiter (weibl.) v. 4. 8. bis 10. 8.	2479
Kartoffeln 10 Pfund	190	Margarinearbeiter vom 8. bis 14. 8.	4140
Wirsingkohl	25	Getränkearbeiter vom 3. bis 9. 8.	5122
Lebende Schlei	400-550	Brauereiarbeiter v. 6. b. 11. 8	5040
Lebende Aale	550-600	Lederwarenarbeiter vom 3. bis 8. 9.	4660
Ungelassener Vollreis	180	Goldleisten- und Bilderrahmenarb. v. 28. 7. b. 3. 8.	2435
Grüne Bohnen	70-80		
Pfefferlinge	100-120		
Weißkohl	18-20		
Tomaten	90-120		
Mohrrüben	35-40		

Wirtschaft

Die Steigerung der Großhandelspreise.

Die für den Durchschnitt Juli errechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes stellt sich auf das 74787fache des Vorkriegsstandes. Im einzelnen belaufen sich die Gruppen Getreide und Kartoffeln auf 64133, Fette, Zucker, Fleisch und Fische auf 62669, Kolonialwaren, Hopfen auf 79380, Häute und Leder auf 101909, Textilien auf 113689, Metalle und Petroleum auf 102594, Kohlen und Eisen auf 85503 und zusammenfassend Lebensmittel auf 64856, Industriefabrikate auf 93351, Inlandwaren auf 69695, Einfuhrwaren auf 100244.

Gegenüber dem Durchschnitt Juni hat sich das Niveau der Großhandelspreise im Monatsdurchschnitt Juli um 286 vom Hundert erhöht. In der gleichen Zeit stieg der Dollarkurs von 109 990 M. im Durchschnitt Juni auf 353 412 M. im Durchschnitt Juli, also um 221 vom Hundert. Die Erhöhung des mittleren Preisniveaus im Juli ist damit beträchtlich über die Dollarkurssteigerung hinausgegangen, so daß das Goldniveau der Großhandelspreise eine Erhöhung von 74,0 vom Hundert im Juni auf 88,8 vom Hundert im Juli erfahren hat. Während die Preissteigerung der Einfuhrwaren genau der Bewegung des Dollarkurses entspricht, haben sich die Inlandwaren diesmal weit stärker als der Dollarkurs, nämlich um 509 vom Hundert erhöht, vor allem unter dem Einfluß der Preise für Getreide und Kartoffeln um 385 vom Hundert.

Am 31. Juli hat der Großhandelsindex bereits das 183fache des Vorkriegsstandes erreicht.

Preisrückgänge für Gasglühlichtkörper. Der Verband der Beleuchtungsgröhlhändler G. B. teilt mit, daß ab 9. August 1923 die Preise für Gasglühlichtkörper, und zwar für die Marke Pfeil auf 150 000 M., für mittlere Qualitäten auf 145 000 M., und für die billigsten Sorten auf 140 000 M. einschließlich Leuchtmittelsteuer festgesetzt sind.

Die neuen Kohlenpreise. Den bereits mitgeteilten Beschlüssen der Organe der Kohlenwirtschaft entsprechend, stellen sich die neuen Kohlenpreise ab Wert wie folgt: Rheinisch-westfälische Fettschichtkohle 23 267 000 M., mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlenbriketts 11 638 000 M., ostelbische Rohkohle 3 490 000 M., mitteldeutsche Rohkohle 3 664 000 M., niederösterreichische Bierschichtkohle 34 799 000 M., niederösterreichische Brechkohle 34 765 000 M., oberösterreichische Städtkohle 19 122 000 M., oberösterreichische Städtkohle 30 513 000 M., alles je Tonne gültig ab 9. August.

Eine Billion Mark = 1 Mark. Das ist eine unwahrscheinliche Rechnung, selbst zu einer Zeit, wo man sich daran gewöhnt hat, über den Dollar in Millionenzahlen zu reden. Und doch findet sie sich vor, und zwar in der kommenden Bilanz des Rückforth-Konzerns. Während sonst die Aktiengesellschaften sich über den Markt der Beteiligungen, die sie an anderen Unternehmen besitzen, ausschweifen, teilt der Rückforth-Konzern anlässlich seiner neuen Kapitalerhöhung mit, daß seine Beteiligungen an den Konzern-Gesellschaften zurzeit einen Kurswert von weit mehr als 1 Billion Mark darstellen. Man hofft in der Bilanz von Ende Dezember d. J. diesen Wert mit 1 Mark einsetzen zu können. Die Bilanzanlagen sind jetzt bereits auf 1 Mark abgeschrieben. Diese Mittelteilungen zeigen, wie gewaltige Reserven sich manche Industriefirmen dadurch schaffen, daß sie ihre hohen Sachwerte nur noch dem Namen nach als Vermögen aufführen, ihnen aber keinen Bilanzwert beimessen.

Reichsbank. Ende Juli stand die Reichsbank unter einem besonders starken Ansturm von Kreditfuchern, deren Forderungen sie auch weitgehend erfüllte. Sie übernahm vom Reich neu für 14,7 Billionen Schatzanweisungen und gab der Privatwirtschaft gegen Wechsel für 4,4 Billionen Mark mehr Kredite als bisher, so daß ihr Bestand an Wechseln und Schecks auf 18,3 Billionen Mark anstchwoll. In diesen Krediten konnte sich das Privatkapital geradezu ungeheuerlich bereichern, weil sich inzwischen die Mark außerordentlich entwertet hat. Auch die gegen Pfänder erteilten Lombardkredite weisen eine starke Zunahme, nämlich um 2,3 auf 2,5 Billionen Mark auf. Die Folge davon war, daß die Reichsbank ihren Notenumlauf um 11,8 auf 43,6 Billionen Mark vermehrte, allerdings ohne damit dem starken Zahlungsmittelbedarf der Wirtschaft gerecht werden zu können. Die Reichsbank hat, während sie ihren Notenumlauf vermehrte, wieder 20 Millionen ihres Goldbestandes zum Erwerb von Devisen verkauft und damit ihren Goldbestand auf 596 Millionen Goldmark vermindert.

SOEBENERSCHIEN

Die vaterländischen

MÖRDER DEUTSCHLANDS

Das Ergebnis des Münchener Hochverratsprozesses

Die schärfste Anklage gegen den

FASCHISMUS

Vereinigung International. Verlags-Anstalten Berlin SW 01 G. m. b. H. Planufer 17

Bären-Stiefel preiswert und erstklassig zum Wandern für die Berge fürs Auto fürs Motorrad für die Jagd zum Reiten sowie Winterstiefel Hans Bähr Spezialhaus für Stiefel Berlin C. 19 Spittelmarkt 7 (vor der Brücke) Kurfürstendamm 141 und Kommandantenstraße 87 Verlangen Sie illustrierte Preisliste München, Saarnau, H. Bruns, Bismarckstr. 17, Brandenburger, Schloßplatz, Bremer, Mittel (Hag.), Charlois (Hag.), Kuba (Penzance), Kurland 12, Dierke (Hag.), Niederlass.